

Bis zum jetzigen Zeitpunkt hat der Staatsrat den Austritt des Pflegepersonals aus dem StPG nicht in Erwägung gezogen.



Am Freitag, 5. Februar, haben rund 70 Personen an einer von der FEDE an der Hochschule für Gesundheit Freiburg organisierten Podiumsdiskussion zum öffentlichen Spital teilgenommen. Vertretende des Freiburger Spitals, des Kantons sowie Versicherer konnten dabei aufzeigen, dass es um die Zukunft des Freiburger Spitals und seine Mitarbeitenden nicht zum Besten steht. Die Spitäler sind durch das neue System der Spitalfinanzierung unter Druck geraten, ihre Kosten zu stabilisieren beziehungsweise zu reduzieren. Gleichzeitig ist in der Schweiz jedoch eine Zunahme der Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen zu beobachten. Die Konsequenz ist offensichtlich: Die Kosten werden auf die Kantone abgewälzt, die ihre Spitäler unterstützen müssen, gleichzeitig aber angehalten sind, in allen Sektoren Sparmassnahmen durchzuführen. Auch am Ende der Debatte waren keine Patentlösungen absehbar. In Anbetracht der Tatsache, dass die Personalkosten heute 70 bis 80 % der Kosten eines Spitals ausmachen, ist es aber vor allem das Personal, das den Preis für die Umstrukturierung der Spitäler zahlt. Es gibt also wenig Grund zur Freude, selbst wenn man bedenkt, dass sich der Kanton gegen den Austritt des Pflegepersonals aus dem StPG ausgesprochen hat und alle Beteiligten die Qualität der Pflegeleistungen gewährleisten wollen.



1. Das Personal im StPG oder nicht

Die Podiumsdiskussion im zweiten Teil der Veranstaltung war der Höhepunkt des Nachmittags. Pierre Aeby, Vizepräsident des Verwaltungsrats des Freiburger Spitals, der als Erster das Wort ergriff, redete nicht lange um den heissen Brei herum: «Wir stecken alle im selben Schlamassel. Personalbestand und Personalaufwand erhöhen sich jedes Jahr, während die zur Verfügung stehenden Mittel nicht im gleichen Masse steigen.»

Serge Gumy, Chefredakteur von La Liberté und Moderator der Diskussion, stellte dann sehr direkt die Streitfrage: «Soll das Personal des Spitalnetzwerks unter den Bedingungen des StPG verbleiben?» In den Augen des Verwaltungsrats des Freiburger Spitals ist ein Austritt

des Personals aus dem StPG kein Tabu: *«Wir wollen einen grösseren Spielraum. Wir müssen auch auf die Löhne einwirken können. Unser mittelfristiges Ziel besteht darin, entscheiden zu können, ob wir dem Personal einen Stufenanstieg gewähren sollen oder nicht. Ausserdem möchten wir die Personalangelegenheiten in die eigenen Hände nehmen, statt vom Personalamt des Kantons Freiburg abhängig zu sein, das uns jährlich 1,2 Millionen in Rechnung stellt.»*

Das ist ein deutliches Zeichen. Der Verwaltungsrat möchte beim Personal eine grössere Flexibilität. Die FEDE will das Personal hingegen auf jeden Fall innerhalb des StPG behalten.

Der kantonale Finanzdirektor, Georges Godel, will von einem Austritt aus dem StPG für den Moment nichts hören: *«Das steht heute nicht zur Diskussion.»* **Sobald wir den Bericht des Freiburger Spital in den Händen halten, werden wir uns mit dem Staatsrat besprechen.** Falls es denn tatsächlich eine Änderung im Status des Personals geben würde, müsste dieser mit dem grösstmöglichen Respekt für die Mitarbeitenden und in Zusammenarbeit mit den Personalverbänden durchgeführt werden. »

Für den Moment müssen die Rationalisierungsbestrebungen fortgeführt und das Augenmerk auf den zu hohen Administrationsaufwand, der das Personal strapaziert, gelenkt werden. Die neue Spitalfinanzierung, das wird an diesem Nachmittag deutlich, ist eben auch ein administratives Monster: Nun muss das Personal jeden Handlungsschritt dokumentieren.

Pierre Aeby weist auch darauf hin, dass im HFR zehn Personen allein schon mit den Rechnungen beschäftigt sind, die von den Versicherern angefochten werden. Seiner Meinung nach stecken wir heute in der Sackgasse. *«Der Grundbetrag, den wir über das neue Spitalfinanzierungssystem erhalten, sinkt (der Kanton legt Rekurs gegen diesen Tarifentscheid ein, Anm. d. Red.). Die Kantonsbeiträge sinken, doch die Bedürfnisse steigen. Wir unsererseits nutzen sämtliches Sparpotential in den Bereichen Einkauf und Organisation ... Doch das führt nirgends hin. Wir wollen mit dem Kanton verhandeln. Wir müssen uns alle gemeinsam an den Tisch setzen. Der Staatsrat muss bei der Finanzierung der allgemeinen Aufgaben des Spitals grosszügiger sein.»* Schliesslich sind das Aufgaben, die von den Privatspitälern nicht wahrgenommen werden, wie die Notfälle. *«Der Kanton muss auch weiterhin in Übergangsmassnahmen investieren, welche den Übergang vom alten zum neuen Finanzierungssystem «amortisieren» sollen, denn zurzeit sind keinerlei Verbesserungen seitens der Finanzierung durch die Krankenversicherungen abzusehen.»*

In den Augen des Verwaltungsrats des Spitals liegt der Ball also beim Kanton.



Die Verantwortliche der Direktion für Gesundheit und Soziales, Anne-Claude Demierre, hat dafür deutliche Worte: *«Es ist offensichtlich, dass das neue Finanzierungssystem den Versicherern in die Hände spielt und die Kosten dabei zunehmend von Letzteren auf die öffentliche Hand abgewälzt werden. Das System der SwissDRG-Fallpauschalen ist einfach nicht auf die Realität abgestimmt. Der Kanton kämpft weiterhin für sein Spital. Ich kämpfe zum Beispiel dafür, dass ein Teil der provisorischen Finanzierung den Leistungen ‚zufließt‘, um so das System zu stabilisieren. Gleichzeitig hat*

das Freiburger Spital bereits grössere Sparmassnahmen durchgeführt. Trotz der steigenden Nachfrage haben wir in den letzten drei Jahren jährliche Einsparungen von 5 Millionen erzielt.»

2. Das Personal unter Druck

Vor Beginn der Debatte hatte uns eine Pflegefachperson aus erster Hand eindrücklich über die Situation Bericht erstattet. *«Ich erkenne meinen Beruf kaum wieder. Die Qualität der Pflegeleistungen ist deutlich gesunken. Wir kommen einfach nicht mehr nach. Wir sind völlig unter administrativen Aufgaben begraben. Eine einzige Pflegefachperson hat manchmal bis zu 14 Patientinnen und Patienten unter ihrer Verantwortung und es bleibt ihr keine Zeit mehr, sich über ihren Zustand auf dem Laufenden zu halten. Um ihre Arbeit dennoch zufriedenstellend ausüben zu können, fangen sie am Morgen eine halbe Stunde früher an, um sich mit den nötigen Informationen zu versorgen.»* Der Präsident der FEDE, Bernard Fragnière, nimmt diesen Gedanken auf und stellt die Frage, ob die Qualität der Pflegeleistungen heute nicht gänzlich auf solchen unbezahlten Einsätzen beruhe: Man vertraue auf das Gewissen der Pflegenden und auf die von ihnen zusätzlich geleisteten Stunden.



Eine andere anwesende Pflegefachperson und Auszubildende merkt zudem an, dass es für das Personal, das unter der hohen Aufgabenlast leide, sehr schwierig sei, Pflegefachpersonen in Ausbildung angemessen zu betreuen. Von der Qualität dieser Ausbildung hängt aber die Qualität der Versorgung der Patientinnen und Patienten ab.

Serge Gumy bat Pierre Aeby, sich dazu zu äussern: *«Ich stelle diese Berichte natürlich nicht in Frage, aber gemäss meinen Informationen handelt es sich dabei eher um Ausnahmefälle. Und selbstverständlich wollen wir nicht, dass sich das Personal versklaven muss.»* Er räumt aber ein, dass der finanzielle Druck der Grund für solche Situationen ist, und betont noch einmal, dass *«das Freiburger Spital diesen Anforderungen nicht allein durch effizienzorientierte Umstrukturierungen gerecht werden kann.»*

Wie Susanna Weyermann, Direktorin der Hochschule für Gesundheit Freiburg, anhand von Studien aufzeigte, nimmt die Mortalitätsrate in einem Spital nämlich zu, je mehr Patientinnen und Patienten eine Pflegefachperson unter ihrer Verantwortung hat, ebenso wirkt sich das Bildungsniveau der Pflegenden direkt auf die Mortalitätsrate aus. Und es gibt noch eine weitere Korrelation: Das Bildungsniveau der Pflegenden hat eine direkte Auswirkung auf die Mortalitätsrate. Und die dritte alarmierende Tatsache: Die Dauer der Berufsausübung hat einen direkten Einfluss auf die Qualität der Leistungen und damit auf das Wohlbefinden und die Sicherheit der Patientinnen und Patienten. **Man muss also alles tun, um das Personal an Ort und Stelle zu halten.**

Der finanzielle Druck auf die Spitäler hat nicht nur Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen des Personals, sondern ist auch eine Frage der öffentlichen Gesundheit. Pierre Théraulaz, ehemaliger Präsident des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner, sprach diesen Aspekt an: *«Der Druck auf das Pflegepersonal steigt schleichend. Sie müssen länger arbeiten und der Ersatz von erkrankten Mitarbeitenden ist weniger gut gewährleistet»,* meint er und fährt fort: *«Das Problem liegt darin, dass der Übergang zu einem neuen Finanzierungssystem mitten in der Krise stattfindet. Die Umstrukturierung des Gesundheitswesens, das neue Finanzierungssystem, alles findet gleichzeitig statt, das ist einfach zu viel.»*

Der Vertreter der Versicherer, Yves Seydoux, räumt ebenfalls ein, dass *«der Wille, die Kosten in den Griff zu kriegen, einen Einfluss auf das Personal hat.»*

Man muss hierbei auch wissen, dass die Entschädigung und die Personalzusammensetzung betreffend unterschiedlichen Qualifikationen – Pflegefachpersonen, Fachangestellte Gesundheit – im Spitalwesen nicht in einem festen Personalschlüssel festgelegt sind. Das ist zwar in einigen Institutionen der Fall, aber nicht im gesamten Spitalwesen. Die Festlegung dieses Schlüssels, nach eigenem Gutdünken, liegt also beim Spital.

Anne-Claude Demierre fasste die Meinung aller Anwesenden zusammen, als sie sagte: *«Wir wollen die Qualität innerhalb des Freiburger Spitals aufrechterhalten. Es ist das Gesetz zur Spitalfinanzierung, das Druck aufsetzt, indem die Konkurrenz eingeführt wird. Wir wollen aber, dass unsere Mitarbeitenden weiterhin anständig entschädigt werden – was im nationalen Vergleich der Fall ist –, denn wir sind auf diese angewiesen. Das Lohnniveau ist verdient. Es ermöglicht uns, qualifiziertes Personal zu finden und zu behalten.»*

Während der Debatte wurde auch mehrmals angemerkt, dass die ausländischen Arbeitskräfte, die zum Beispiel aus Quebec oder Deutschland in die Schweizer Spitäler arbeiten kommen, heute eher in ihren eigenen Ländern bleiben, da diese die Bedingungen in den Spitälern verbessert haben, um die Fachpersonen im Land zu behalten.

3. Alle wollen Qualität, aber niemand weiss, wie sie finanziert werden soll

Eine positive Aussage, die aus dem Verlauf dieser Debatte herausgeschält werden kann: Alle Parteien haben sich über die Notwendigkeit, die Qualität der Pflegeleistungen zu bewahren, geeinigt. Weniger beruhigend ist hingegen die Tatsache, dass niemand genau weiss, wie das Problem der Finanzierung dieser Qualität angegangen werden soll.

In seiner Rede betonte Bernhard Wegmüller, Direktor von H+ Die Spitäler der Schweiz, dass die neue Spitalfinanzierung zum Ziel habe, den Akteuren mehr Verantwortung zu übertragen. *«Die Spitäler müssen ausreichend unternehmerische Freiheit haben, um die Defizite in den Griff zu bekommen.»* Wenn man aber Pierre Aeby zuhört, stellt man fest, dass diese Verantwortung nur schwerlich ausgeübt werden kann, da das Freiburger Spital vollkommen von seiner Finanzierung abhängig ist und hierbei andere Akteure am Drücker sind.

René Thomet fasste die Diskussion gut zusammen: *«Nichts in den gehörten Wortmeldungen lässt darauf schliessen, dass sich die Situation verbessern könnte. Ich bin der Meinung, dass wir der öffentlichen Hand wieder mehr Wichtigkeit beimessen müssen, um die Auswirkungen des konkurrenzorientierten Spitalsystems abzufedern. Die Debatte wird von den Kosten beherrscht, doch in Tat und Wahrheit sind die Gesundheitskosten in der Schweiz bei 10 oder 11 % des BIP stabil, was für unser Land durchaus im Rahmen liegt.»* Dann wurde noch auf ein weiteres Paradox verwiesen: *«Man redet immer vom Markt und der Konkurrenz. Wenn man diese Logik auch auf die Mitarbeitenden anwenden würde, würde das zu einer Lohnsteigerung führen, da es eine Nachfrage nach Gesundheitspersonal gibt. Aber auf dieser Seite findet eben keine Erhöhung statt.»*

4. Die Sicht der FEDE zur Debatte

Der Präsident der FEDE, Bernard Fragnière, fasste die Debatte folgendermassen zusammen:



- Wir stellen mit Befriedigung fest, dass alle Beteiligten die Qualität der Gesundheitsleistungen in den Vordergrund stellen.
- Wir begrüssen die Tatsache, dass der Staatsrat von einem Austritt des Personals aus dem StPG nichts hören will.
- Diese Phase der Unklarheit bezüglich der Finanzierung der Spitäler ist für alle Beteiligten beunruhigend.
- Es ist ganz klar das Personal, das in dieser schwierigen Übergangsphase den Kopf hinhalten muss.